

Elfte Sitzung – Onzième séance

Mittwoch, 4. Oktober 1995, Vormittag
 Mercredi 4 octobre 1995, matin

08.30 h

Vorsitz – Présidence: Küchler Niklaus (C, OW)

95.067

Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der PKB

Institution d'une commission d'enquête parlementaire chargée d'examiner les problèmes relatifs à l'organisation et à la conduite de la CFP

Bericht und Beschlusssentwurf des Büros-NR
 vom 25. September 1995 (AB 1995 N)
 Rapport et projet d'arrêté du Bureau-CN
 du 25 septembre 1995 (BO 1995 N)

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1995
 Décision du Conseil national du 2 octobre 1995

Antrag des Büros

1. Die Finanzdelegation und die Geschäftsprüfungskommission erstatten dem Ständerat bis spätestens auf die Frühjahrssession 1996 einen Bericht über den Stand der hängigen Untersuchungen im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht über die Pensionskasse des Bundes (PKB) und ihre übergeordneten Behörden. Dieser soll insbesondere auch eine politische Würdigung der ermittelten Verantwortlichkeiten enthalten.

2. Die Behandlung des Bundesbeschlusses über die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der PKB erfolgt zusammen mit der Behandlung des Berichtes der Finanzdelegation und der Geschäftsprüfungskommission.

Proposition du Bureau

1. La Délégation des finances et la Commission de gestion présentent au Conseil des Etats, d'ici la session de printemps 1996 au plus tard, un rapport sur l'état des enquêtes menées dans le cadre de la haute surveillance parlementaire sur la Caisse fédérale de pensions (CFP) et ses autorités supérieures. Ce rapport contiendra notamment une évaluation au niveau politique des responsabilités que les enquêtes auront permis de déterminer.

2. Le traitement de l'arrêté fédéral concernant l'institution de commissions d'enquête parlementaires chargées d'examiner les problèmes relatifs à l'organisation et à la conduite de la CFP aura lieu en même temps que le traitement du rapport de la Délégation des finances et de la Commission de gestion.

Antrag Cottier
 Eintreten

Proposition Cottier
 Entrer en matière

Schoch Otto (R, AR), Berichterstatter: Sie entnehmen den Anträgen des Büros, die Sie heute früh auf Ihren Pulten vor-

gefunden haben, dass Ihnen das Büro beantragt, die Behandlung des Bundesbeschlusses über die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der Pensionskasse des Bundes (PKB) zurückzustellen, nicht bereits heute über diesen Bundesbeschluss zu entscheiden, sondern zunächst die Berichte der Finanzdelegation und der GPK abzuwarten, die bereits in Ausarbeitung begriffen sind. Bevor ich Ihnen begründe, wie es zu diesem Antrag des Büros an Sie gekommen ist, möchte ich eine kurze Bemerkung zur Frage der Teilnahme von Bundespräsident Villiger als Vertreter des Bundesrates bei der Beratung dieses Geschäftes machen.

Herr Ratspräsident Küchler und ich haben uns namens des Büros mit Herrn Bundespräsident Villiger über die Frage seiner Teilnahme unterhalten. Herr Bundespräsident Villiger hat uns signalisiert, dass er selbstverständlich bereit sei, bei der heutigen Sitzung dabei zu sein, wenn der dringende Wunsch besteht, dass er es aber aus zwei Gründen vorziehen würde, den Ständerat allein und ohne Delegation des Bundesrates in der Sitzung entscheiden zu lassen.

1. Es ist an sich Sache des Parlamentes und nur des Parlamentes, darüber zu entscheiden, ob eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden soll, ob darauf zu verzichten sei oder ob der Entscheid zurückzustellen sei; dieser Entscheid kann nicht Sache des betroffenen Bundesrates sein.

2. Für Bundespräsident Villiger wog die Tatsache fast noch schwerer, dass er als neuer Chef des Eidgenössischen Finanzdepartements in dieser Auseinandersetzung Partei geworden ist und dass er nicht als Partei dabei sein möchte, wenn der Ständerat die Frage einer PUK behandelt und darüber entscheidet.

Wir sind deshalb im Büro mit Herrn Bundespräsident Villiger dahingehend einig geworden, dass wir auf seine Teilnahme verzichten. Wir haben aber zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat selbstverständlich bereit ist, jeden Entscheid des Ständerates wie des ganzen Parlamentes zu vollziehen und beim Vollzug jedes Entscheides des Parlamentes auch volle Unterstützung zu gewährleisten.

Nun zur Begründung des Antrages, den Ihnen das Büro unterbreitet hat. Zunächst eine ganz kurze Rekapitulation der Fakten im Zusammenhang mit der Pensionskasse des Bundes (PKB) beziehungsweise der früheren Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK): Es ist unbestritten, dass die Situation ausserordentlich unbefriedigend ist. Die Rechnungen der PKB sind durch die Eidgenössische Finanzkontrolle schon seit Jahren, effektiv seit 1988, nicht mehr abgenommen worden. Die bestehenden Probleme sind in erster Linie EDV-bedingt. Faktisch muss man heute davon sprechen, dass ein eigentlicher EDV-Flop vorliegt und zur Kenntnis zu nehmen ist. Man war ursprünglich der Meinung, die ganze Geschichte könnte EDV-mässig mit einem Modell «ab Stange» gelöst werden. Es hat sich dann erwiesen, dass diese Überlegung falsch war, dass Einzelanfertigungen notwendig sind, dass Modelle ab Stange für die Probleme, die bei der PKB zu lösen sind, nicht funktionieren.

Im Moment ist die betroffene Firma dabei, die Probleme in den Griff zu bekommen. Wir können damit rechnen, dass die Funktionalität des Systems frühestens Ende Oktober gewährleistet sein wird, beziehungsweise – etwas vorsichtiger formuliert –, dass frühestens bis Ende Oktober feststeht, wann mit dem Eintreten der Funktionalität gerechnet werden kann. Immerhin möchte ich sagen: So dringend und so problematisch die Situation aussieht und so dringend die Lösung der Probleme ist, die Daten sind nicht verloren. Es ist aber einfach so, dass die 120 000 Pendenzen, die zurzeit bestehen, nur von Hand bearbeitet werden können. Es ist unschwer einsehbar, dass das gegenüber einer EDV-mässigen Bearbeitung unendlich viel Mehrarbeit bedingt und eben auch zu gewaltigen, effektiv nicht zu verantwortenden Rückständen führt. Ein Schaden zu Lasten der Versicherten ist aber nicht entstanden, soweit wir die Sache heute zu überblicken vermögen – und wir meinen, wenigstens hier einen guten Überblick zu haben.

Zur Rekapitulation der Fakten gehört auch die Feststellung, dass die Probleme vom bisherigen Vorsteher des Finanzdepartements über Jahre hinweg in einer Art und Weise verharmlost worden sind, die nicht akzeptabel ist und eigentlich nie akzeptabel war. Auch der Bundesrat als Kollegialbehörde hat die Situation nie richtig ernst genommen; man hat nie eingesehen, wie schwerwiegend die Situation ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an das Votum von Herrn Schiesser erinnern, das er namens der GPK im Juni letzten Jahres in diesem Rat vorgetragen hat – ein Votum von drängender Eindringlichkeit, das aber weder vom Chef EFD noch vom Bundesrat mit genügendem Ernst aufgenommen und zur Kenntnis genommen worden ist.

In diesem Zusammenhang ist hier auch ein Wort über die Rolle der Medien zu Protokoll zu geben. So rasch die Medien sonst bereit sind, Dinge, die nicht ganz genau im Lot sind, gross herauszubringen, so sehr haben es die Medien im Zusammenhang mit der PKB versäumt, das aufzunehmen und zu vermitteln, was in den Räten – z. B. von Herrn Schiesser – gesagt worden war. Wir bedauern das in diesem Zusammenhang ganz besonders.

Immerhin ist festzustellen, dass in der Zwischenzeit seitens des Bundesrates gewisse Dinge geschehen sind. Es ist vor allem ein Sonderbeauftragter eingesetzt und der Direktorin der PKB beigestellt worden, der dabei behilflich sein soll, die Dinge ins Lot zu bringen.

Damit kann ich einen Schritt weitergehen: Ich komme zur Tätigkeit der Finanzdelegation der Räte und der GPK beider Räte. Es ist hier festzuhalten, dass sich sowohl die Finanzdelegation als auch die GPK schon seit langer Zeit mit den Problemen der PKB befassen. Ich habe bereits an das Votum von Herrn Schiesser und an die Voten anderer Ratsmitglieder erinnert, die in die gleiche oder in eine ähnliche Richtung zielten.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Problematik durch die Finanzdelegation und die GPK hat nun aber im Sommer 1995 eine neue Phase begonnen. Zu diesem Zeitpunkt wurde nämlich eine Koordinationskommission, bestehend aus Vertretern der GPK und der Finanzdelegation, gebildet. Diese Koordinationskommission soll die Situation jetzt von Grund auf aufarbeiten, und zwar sowohl in EDV- und versicherungstechnischer Hinsicht als auch in bezug auf die Frage der politischen Verantwortung für das heute vorliegende Debakel.

Anlass zur Einsetzung dieser Koordinationskommission gab in erster Linie die Tatsache, dass es in der Sommersession 1995 nicht nur der Eidgenössischen Finanzkontrolle nicht mehr möglich war, die Rechnung der PKB abzunehmen, sondern dass erstmals auch das Parlament diese Rechnung nicht mehr genehmigte. Seit damals ist die Koordinationskommission am Wirken, und es liegen bereits beträchtliche Resultate vor. Hier liegt denn auch die Begründung dafür, dass das Büro Ihres Rates zur Auffassung gelangte, es wäre im jetzigen Zeitpunkt wenig sinnvoll, die Einsetzung einer PUK zu beschliessen.

Die GPK, die Finanzdelegation und insbesondere die Mitglieder der Koordinationskommission dieser beiden Gremien verfügen heute über Detailkenntnisse, die sehr weit – bis in letzte Einzelheiten – reichen und die uns erlauben dürften, nicht nur einen Weg aus dem Debakel heraus zu finden, sondern auch die politischen Verantwortlichkeiten festzulegen. Würde heute die Einsetzung einer PUK mit sofortiger Wirkung beschlossen, dann hätte das zur Folge, dass die Arbeiten der Koordinationskommission und damit auch die Aktivitäten von GPK und Finanzdelegation mit sofortiger Wirkung eingestellt werden müssten. Das ergibt sich aus Artikel 65 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes. Damit würde das bei diesen Institutionen angehäuften Wissen praktisch verlorengelassen. Das kann ja nicht der Sinn der Übung sein!

Die Mitglieder der einzusetzenden PUK müssten sich das erforderliche Know-how erst in mühsamer und detaillierter Kleinarbeit erarbeiten und wären dabei auf Hilfe von aussen angewiesen, oder sie müssten sich mühsam aneignen, was GPK und Finanzdelegation bereits aus eigener Erkenntnis und durch eigene Arbeit an Wissen zusammengetragen haben.

Es kommt dazu, dass die Einsetzung einer PUK zum heutigen Zeitpunkt unrealistische Erwartungen wecken würde, die eher erfüllt werden können, wenn wir auf der Schiene weiterfahren, auf der wir uns mit dem Wirken der Koordinationskommission bereits befinden.

Die Mitglieder des Büros sind deshalb einstimmig – ich möchte das betonen – zur Auffassung gelangt, dass es sinnvoller wäre, heute auf der Schiene weiterzufahren, auf der wir uns bereits befinden, und den Entscheid über die Einsetzung einer PUK zurückzustellen, bis sich zeigt, ob das, was Koordinationskommission, Finanzdelegation und GPK präsentieren, den Erwartungen des Stände- und Nationalrates entspricht, oder ob es dannzumal immer noch notwendig sein wird, zur Ermittlung der politischen Verantwortlichkeiten eine PUK einzusetzen.

Das Büro schlägt Ihnen also nicht etwa vor, definitiv auf die Einrichtung einer PUK zu verzichten, sondern ist der Meinung, es sei richtig, den Entscheid über die Einsetzung einer PUK zurückzustellen und die sechs Monate, die uns in der Zwischenzeit verbleiben, zu nutzen und zur Kenntnis zu nehmen, was bereits in Ausarbeitung begriffen ist bzw. relativ weitgehend schon vorliegt.

Wir bitten Sie in diesem Sinne, dem Antrag des Büros zuzustimmen.

Cottier Anton (C, FR): M. Schoch, rapporteur, qualifiait tout à l'heure d'inacceptable la situation de la Caisse fédérale de pensions. Il nous a dit aussi que le Conseil fédéral n'avait pas pris les problèmes au sérieux, alors que de nombreux rapports avaient relevé les déficiences. Pour le Bureau, M. Schoch tire la conclusion qu'un nouveau rapport, un de plus, devait nous être présenté.

Je crois savoir que le Bureau, auparavant, avait pris la décision, à la majorité, de ne pas entrer en matière sur l'arrêté fédéral et de refuser une commission d'enquête parlementaire. La véritable intention est de rejeter cette commission d'enquête. Le Bureau aurait alors mieux fait de proposer le rejet pur et simple, sans détour, et sans ces moyens dilatoires de nous réaborder dans six mois avec un nouveau rapport.

Prenons la peine d'analyser la proposition du Bureau: un nouveau rapport, avec un nouveau délai de six mois. Je prétends que cette proposition est inappropriée: un nouveau rapport, de nouvelles études. Depuis plus de quinze ans, on nous sert des rapports. Depuis des années, on présente des esquisses de solutions qui n'aboutissent à rien, parce que le Conseil fédéral ne les prend pas au sérieux. Depuis huit ans, on nous fait des promesses. Depuis huit ans, on fixe des délais jamais respectés, et le résultat est nul. Depuis huit ans, les comptes n'ont plus été approuvés. On n'avance pas. C'est pire: à force d'attendre, la situation s'aggrave. En l'état, il s'agit surtout d'agir, et non pas d'élaborer de nouveaux rapports, de fixer un nouveau délai.

Pourquoi ne plus attendre? 100 000 dossiers sont en panne. 100 000 assurés et cotisants sont inquiets. Ils veulent des réponses et non pas des rapports. Ils ont le droit de connaître leurs situations de prévoyance et de retraite. Les assurés veulent surtout de l'ordre, car le désordre est complet. Et le Conseil des Etats répond d'abord par la demande d'un nouveau rapport! Nous avons, en tant que parlementaires, des responsabilités à assumer. Nous les assumons actuellement par le biais de plusieurs commissions des deux Conseils, qui se préoccupent de la gestion de la caisse, des déficiences de son organisation et de ses structures.

Les interventions parlementaires ont été nombreuses. Il y a eu des interpellations urgentes ou ordinaires, des recommandations, des motions, et tout cela pour n'aboutir à rien, le Conseil fédéral répondant chaque fois qu'il est conscient des difficultés, qu'il prendra des mesures pour les résoudre. Dans chacun des rapports, il fixe même des délais, mais c'est tout. Il n'y a aucun résultat concret.

Ainsi, la Commission de gestion a reçu l'assurance du Conseil fédéral que les problèmes seraient réglés à fin 1989. Puisque ce délai n'a pas été respecté, un nouveau délai d'assainissement a été fixé à fin 1990, et ainsi de suite, jusqu'à aujourd'hui. Et aujourd'hui, on veut fixer un nouveau délai de

six mois pour un nouveau rapport, au lieu d'agir. Au lieu d'être assainie, la situation de la caisse a encore empiré. Quatre commissions parlementaires ont été chargées du problème. Une conférence de coordination a été instituée, en vain!

Il faut reconnaître aujourd'hui que, grâce aux moyens de contrôle plus rigoureux, une commission d'enquête parlementaire seule pourra agir. Les problèmes, selon le rapporteur du Bureau, seraient essentiellement d'ordre informatique. C'est une explication trop facile. Il y a eu, certes, le choix de la société d'informatique, le programme a été insuffisant, mais surtout il y a eu des fautes dans l'organisation et dans la conduite de la Caisse fédérale de pensions. Ainsi, aucune solution n'a été apportée, aucun remède n'a été pris pour résoudre les problèmes d'informatique au départ. Par la suite, c'est devenu une question d'organisation et de conduite.

Quelle serait alors la mission de la commission d'enquête parlementaire? Elle devrait, dans la mesure où cela n'a pas encore été fait, déterminer l'état de fait tel qu'il se présente aujourd'hui. Là, elle peut se baser sur les rapports de la Commission de gestion, de la Délégation des finances ou de la Conférence de coordination. Ces rapports existent, ils ne sont donc pas perdus.

Rien n'empêche aussi de désigner les parlementaires qui connaissent aujourd'hui le mieux le dossier comme membres de la commission d'enquête parlementaire. D'ailleurs, on le fera. La commission d'enquête parlementaire proposera alors les solutions à adopter pour résoudre les graves déficiences dans l'organisation et dans la conduite de la Caisse fédérale de pensions. En outre, cette commission d'enquête parlementaire évaluera la charge que la Confédération devra supporter en raison des fautes commises et, enfin, elle devra déterminer la responsabilité politique. Seule une commission d'enquête parlementaire peut le faire. Le Parlement doit le faire, sinon il n'assume plus ses responsabilités. Ce serait un constat d'impuissance.

Je vous invite dès lors à refuser la proposition du Bureau et à entrer en matière sur l'arrêté fédéral pour faire enfin toute la lumière sur cette affaire, pour proposer des solutions d'avenir, et ceci, surtout dans l'intérêt des assurés de la Caisse fédérale de pensions.

Bühler Robert (R, LU): Gestatten Sie mir zuerst eine Vorbermerkung. Sie werden sehen, sie hat einen Bezug zu diesem Thema.

Diese Woche habe ich von einer Zeitschrift einen Kaktus erhalten. Grundsätzlich macht er mir Freude, denn er fehlte noch. Er wird mich, so hoffe ich, über Jahre an die Ständesratszeit erinnern. Jedoch: Der Kommentar, der von Verdrehungen und Unterschiebungen nur so strotzt, zeugt nicht von einem verantwortungsbewussten Journalismus.

Anders im Falle PKB. Seit Jahren machten die Geschäftsprüfungskommission und auch die Finanzdelegation auf die unhaltbaren Zustände bei der Eidgenössischen Versicherungskasse aufmerksam. Die aufgezeigten Missstände wurden aber von den Medien kaum aufgenommen. Ich vermute, wenn ein «andersfarbiger» Bundesrat im Schussfeld gelegen hätte, wäre mindestens ein Artilleriefeuer eingesetzt worden. Nun zum Antrag des Büros. Ich bin damit einverstanden. Ich möchte aber noch bitten, dass die Federführung – ich nehme an, das Büro und der Rat seien damit einverstanden – bei der Geschäftsprüfungskommission liegt. Die GPK und die Finanzdelegation haben den Bericht zu erstellen, die Federführung gehört aber der GPK. Das ist nicht eine Prestigefrage, aber die politische Würdigung, die Informatik, die ja ein Hauptproblem darstellt, und die Amtsführung sind Themen der GPK. Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden.

Das vorgeschlagene Vorgehen hat den Vorteil, dass die Eidgenössische Versicherungskasse weiterarbeiten kann und die Missstände endlich behoben werden können. Herr Kollege Cottier, das war jetzt etwas Populismus und Wahlaktik, was Sie da vorgetragen haben. Wenn Sie wollen, dass das Problem tatsächlich in der nächsten Zeit gelöst wird, würde jetzt, heute, eine PUK das Ganze nur verzögern. Aber die vorgeschlagene Lösung schliesst ja eine PUK nicht aus.

Nach der Berichterstattung durch die beiden Kommissionen wird man dann sehen, ob eine PUK noch notwendig ist oder nicht.

Noch einen Punkt möchte ich aufgreifen: Herr Bundesrat Stich hat gestern morgen angekündigt, dass die Verträge mit der Informatikfirma durch einen neuen Vertrag abgelöst werden sollen und dass er den neuen Vertrag noch vor dem 31. Oktober 1995 unterschreiben werde. Das finde ich falsch. Diesen Vertrag muss der neue Finanzminister unterschreiben, denn er muss das Geschäft weiterbehandeln.

Wir waren schon seit Jahren des öfters zuversichtlich, dass das Problem gelöst werde. Aber wenn wir heute nicht so handeln, wie es das Büro beantragt, werden wir das Ganze nur verzögern. Davon bin ich überzeugt.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Büros zuzustimmen.

Zimmerli Ulrich (V, BE): Der Ständerat steht heute vor einem schwierigen Entscheid. Er hat Anspruch darauf, dass er wirklich umfassend über den Stand der Abklärungen der Organe der parlamentarischen Oberaufsicht orientiert wird. Es geziemt sich deshalb, dass ich als Vizepräsident der Finanzdelegation und auch als Mitglied der Koordinationskommission das Votum meines Vorredners vom Büro und insbesondere dasjenige von Herrn Bühler Robert kurz ergänze:

Eine PUK wird von Gesetzes wegen eingesetzt, wenn Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Bundesverwaltung einer besonderen Klärung durch die Bundesversammlung bedürfen. Das heisst, man unterstellt, dass Sachverhalte abzuklären sind, die so beschaffen sind, dass sie von den ordentlichen Organen der parlamentarischen Oberaufsicht nicht hinreichend erfasst werden können. Das ist in unserem Fall nicht so.

Die Organe der Oberaufsicht, die Finanzdelegation und die GPK, befassen sich in der Tat mit diesem Geschäft, aber nicht etwa, weil der Sachverhalt besonders schwierig zu ermitteln wäre, sondern weil es enorm heikel ist, diese Schwierigkeiten zu beheben.

Der Sachverhalt ist klar: Es ist erstens das Problem der Informatik, zweitens das Problem der Informatik, drittens das Problem der Informatik, und dann sind es Fragen der Führung und auch der politischen Verantwortung. Da bin ich mit Herrn Cottier einverstanden. Aber: Was geschieht zurzeit?

Ich spreche aus der Sicht der Finanzdelegation. Die PKB ist Traktandum jeder ordentlichen Tagung der Finanzdelegation. Es werden vierteljährliche Berichte über den Stand der Sanierung erstattet. Wir klären die Kosten der Sanierung dieser EDV-Pannen ab. Wir prüfen mögliche vermögensrechtliche Verantwortlichkeiten. Wir analysieren die Verträge. Wir arbeiten mit der Finanzkontrolle sehr eng zusammen, die von Gesetzes wegen dafür zu sorgen hat, dass die Rechnung ordnungsgemäss abgelegt wird, und wir haben auch sehr enge Kontakte mit dem Sonderbeauftragten, der vom Departementschef eingesetzt wurde. Wir werden uns auch zu Beginn der nächsten Sitzung, also am 9. Oktober, mit diesem Geschäft befassen.

Wir haben einen Wechsel an der Spitze des Departementes. Es liegt uns daran, dass der neue Departementschef, insbesondere auch aus der Sicht der finanzpolitischen Tragweite, vor der Finanzdelegation Rede und Antwort steht. Wir möchten – wie das bereits gesagt worden ist – von der Finanzdelegation aus insbesondere auch verhindern, dass mit neuen Verträgen neue Sachzwänge geschaffen werden.

Was passiert nun? Wir wollen in keiner Art und Weise das Geschäft auf die lange Bank schieben, Herr Kollege Cottier. Es geht auch keineswegs darum, jetzt neue Studien zu beschaffen, sondern darum, zu einem vernünftigen Zwischenergebnis zu kommen, das dem Parlament eine politische Beurteilung «en connaissance de cause» erlaubt.

Wenn Sie ausgerechnet jetzt eine PUK einsetzen, dann lähmen Sie weitgehend die Arbeiten der PKB, denn alle, die einmal in einer PUK mitgearbeitet haben, wissen, dass das betroffene Amt durch Einvernahmen, durch Aufarbeitung von längst Bekanntem in neue Papiere enorm belastet wird, und das führt meines Erachtens zu unzumutbaren Verzögerungen.

Wenn Sie eine PUK beschliessen, dann müssten Sie diese PUK im Verlaufe der nächsten zwei Tage noch konstituieren, wenn sie operationell werden soll, denn sonst werden Sie unglaubwürdig.

Ich bin der Meinung, dass es den Sitten und Gebräuchen dieses Hauses entspricht, wenn wir wirklich besonnen handeln und uns zunächst überlegen, was eine PUK wirklich bringt. Das können Sie unseres Erachtens erst dann, wenn die Facts in einem kurzen, aber präzisen Rapport der Finanzdelegation und der GPK, die zweifellos die Federführung hat – da bin ich einverstanden, Herr Kollege Bühler –, auf den Tisch gelegt werden.

Die Oberaufsicht des Parlamentes wird nicht glaubwürdiger, wenn dieses sich heute unter dem Eindruck bevorstehender Wahlen dazu hinreissen lässt, sogenannte Zeichen zu setzen, die Erwartungen wecken, welche wir schlicht nicht erfüllen können.

Ich bitte Sie deshalb, dem wohlüberlegten Antrag des Büros zuzustimmen.

Delalay Edouard (C, VS): Je veux, dans ce débat, rendre hommage au rapport qui nous a été présenté par M. Schoch, rapporteur du Bureau du Conseil des Etats, alors qu'il n'est pas nécessairement familiarisé avec cette question, parce qu'il n'a pas participé jusqu'ici aux travaux des commissions chargées de la haute surveillance. Le vice-président de notre Conseil a parfaitement décrit la situation de fait, et tout d'abord les dysfonctionnements graves qui ont eu lieu toutes ces dernières années à la Caisse fédérale de pensions.

Je dois aussi dire que toutes les interventions qui ont été faites à titre individuel, par la Commission des finances, par la Délégation des finances, par la Commission de gestion, n'ont pas permis jusqu'ici d'apporter des solutions concrètes à ces problèmes qui touchent la Caisse fédérale de pensions. Il est grave de constater l'impuissance dans laquelle s'est trouvé le Parlement pour résoudre ce problème.

Depuis 1988, il n'y a plus eu d'attestation des comptes de la part du Contrôle fédéral des finances. Je dois dire que, dans une situation semblable, si nous nous trouvions dans une société anonyme, l'Assemblée générale aurait déjà depuis longtemps sommé le Conseil d'administration de régler cette affaire. Elle l'aurait mis en demeure, et si la situation ne s'était pas améliorée, elle aurait purement et simplement changé le Conseil d'administration, responsable d'une telle situation.

Le Parlement, en juin 1995, sur la base de la proposition de la Commission des finances, n'a pas accepté les comptes de la Caisse fédérale de pensions pour 1994. J'estime donc qu'objectivement il y a tous les motifs pour qu'une commission d'enquête parlementaire soit mise sur pied. On aurait même déjà dû le faire depuis longtemps, parce que la situation telle qu'elle existe aujourd'hui n'est pas supportable, ni techniquement, ni administrativement, ni du point de vue politique.

S'agit-il maintenant de juger de l'opportunité actuelle d'une commission d'enquête parlementaire? Là, il faut, me semble-t-il, admettre qu'il y a une question d'appréciation. S'agit-il, au préalable, d'entendre toutes les personnes ou tous les groupements qui ont déjà travaillé sur ce dossier? Cela me paraît nécessaire. S'agit-il aussi de mettre sur pied une commission d'enquête parlementaire au moment où le Département fédéral des finances change de main? On peut avoir deux avis à ce sujet; on peut dire: la commission d'enquête parlementaire facilite la tâche du nouveau chef du Département fédéral des finances, en ce sens qu'elle nettoie la situation. Mais on peut aussi admettre que le nouveau chef du Département fédéral des finances doit être à même de se mettre dans son travail petit à petit et, de lui-même, rétablir l'ordre où cela est nécessaire. Selon que l'on met l'accent sur la responsabilité politique ou que l'on préfère avancer sur le fond du point de vue technique, on peut être favorable à la création d'une commission d'enquête parlementaire, ou opposé à la création de cette commission dans la situation actuelle.

Comme président de la Commission des finances et membre du Bureau, je dois dire que je suis partagé entre ces deux attitudes, mais que je suis finalement solidaire de la décision

qui a été prise par le Bureau à l'unanimité, comme l'a dit le rapporteur tout à l'heure.

Gemperli Paul (C, SG): Der Entscheid, vor dem wir stehen, ist schwierig, und ich gebe ganz offen zu, er hat für mich persönlich auch etwas Bedrückendes.

Aber trotzdem: Wir wussten bereits seit langer Zeit, dass bei der PKB eine äusserst schwierige Situation besteht. Dabei ist klar zu unterscheiden zwischen den grundsätzlichen Problemen, die sich bezüglich der Frage der Finanzierung ergeben und die ihren Grund in der Gesetzgebung haben, und den übrigen Gründen, insbesondere den administrativen Fragen, die auf Fehlentscheide, Ungenügen oder Versagen zurückzuführen sind. Nur die letztgenannten Gründe spielen jetzt eine Rolle.

Persönlich habe ich ebenfalls lange Zeit die Auffassung vertreten, dass es möglich sein sollte, mit normalen parlamentarischen Mitteln, das heisst mit bestehenden Kommissionen, die offenen Probleme anzugehen und zu lösen. Indessen steht jetzt fest, dass es trotz der Bemühungen aller Kommissionen nicht gelungen ist, die Probleme einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Die angesagten Erfolge der Sanierungsmassnahmen wurden immer wieder auf später vertagt. Wir haben in Kommissionen, wir haben aber auch hier im Plenum über die PKB gesprochen, und jedes Mal wurde versprochen, dass eine Lösung in Aussicht stehe. Jüngsten Berichten muss ich entnehmen, dass die Probleme inzwischen eher noch grösser geworden sind. Die optimistische Lagebeurteilung, wie ich sie heute morgen in diesem Saal gehört habe, scheint mir problematisch.

Meines Erachtens ist heute mit konventionellen parlamentarischen Mitteln kein Fortschritt mehr möglich. Wir drehen uns im Kreise, und heute sind wir sogar so weit, dass diejenigen, die kritisiert haben, als Urheber der Probleme hingestellt werden. Zwar wird geltend gemacht, dass die Mängel heute weitgehend bekannt seien. Richtig ist, dass wir wissen, dass die Jahresrechnungen der PKB von der Finanzkontrolle seit 1988 ununterbrochen beanstandet wurden, dass die EDV nicht funktioniert und die gesetzlich vorgeschriebene Auskunftsbereitschaft der Kasse gegenüber den Versicherten nicht gegeben ist. Es ist nicht allein die EDV, die Grund dafür ist, sondern es sind noch andere Mängel. Das Wissen um Fehler genügt aber meines Erachtens nicht; wir müssen Umfang, Ausmass und Auswirkungen eben dieser Fehler kennen.

Wenn ich heute mit Herrn Cottier für eine PUK votiere, geschieht das vor allem aus folgenden Gründen: Es muss dargelegt werden, weshalb trotz allseits bekannten Schwierigkeiten jahrelang keine Sanierung erfolgte. Das Entscheidende ist, dass die ganze Sache jahrelang verschleppt wurde. Wir müssen daher auch hinterfragen, ob die parlamentarische Kontrolle heute noch genügt oder ob die Instrumentarien verbessert werden müssen. Auch die parlamentarische Kontrolle steht meines Erachtens hinsichtlich ihrer Instrumentarien auf dem Prüfstand.

Wenn Herr Kollege Zimmerli heute morgen sagte, dass man sich in jeder Sitzung mit dem Problem beschäftigt habe, dann genügt mir das eben nicht, sondern die Frage lautet: Was kann man angesichts einer solchen Lage tun, auch vom Parlament aus, damit in Zukunft die erforderlichen Schritte tatsächlich in die Wege geleitet werden? Und diese Fragen, die sich eben auf die eigene Kontrolle beziehen, können nicht von den Kommissionen selber aufgearbeitet werden, sondern da braucht es etwas, was jetzt neu dazukommen muss. Nun zur heutigen Lage: Sie garantiert einen geordneten Ablauf der Geschäfte der PKB nicht mehr. Und das ist schon seit Jahren so. Es muss die Frage gestellt werden, ob hier dem Bund Schaden entstanden ist oder noch entsteht. Das ist eine zentrale Frage. Dass die Versicherten nicht zu Schaden kommen, ist denkbar, weil der Bund eben immer für alles, was dem Leistungsversprechen entspricht, beispringt. Aber ob dem Bund kein Schaden entstanden ist, das muss geklärt werden. Die Aufarbeitung der Vergangenheit über alle Jahre hinweg – ich meine, wenn wir beim Jahre 1988 oder vielleicht noch früher beginnen müssen – geht über die

Möglichkeiten einer ständigen parlamentarischen Kommission hinaus. Es geht übrigens vom Wissen, das dort aufgearbeitet wurde, überhaupt nichts verloren. Die Akten sind vorhanden; die Unterlagen kann man einsehen, und eine neue Kommission kann dort anknüpfen, wo die jetzt bestehenden Kommissionen aufgehört haben.

Die PKB ist heute – das gebe ich auch zu – in ihrer Tätigkeit behindert. Sie kann die Zukunftsaufgaben nicht anpacken, weil sie sich mit sich selber beschäftigen muss. Zudem sind die personellen Entscheide erschwert. Niemand will mehr in die PKB, das ist mir klar. Das Personal wird demotiviert. Es muss daher rasch Klarheit geschaffen werden. Eine PUK kann diese Voraussetzung erfüllen, weil in einem einzigen Verfahren alle Fragen aufgearbeitet werden können. Wenn Sie jetzt mit den ordentlichen parlamentarischen Kommissionen bis zur Frühjahrsession 1996 weiterarbeiten, haben Sie auch Unruhe; und wenn Sie im Frühjahr 1996 dann doch zum Schluss kommen, eine PUK sei nötig, fangen wir wieder neu an. Ich bin vollends überzeugt, dass Sie mit dem Antrag des Büros die Probleme nicht lösen. Es ist ja von allen bisherigen Sprechern betont worden, dass man nicht die PUK ablehne, sondern den Entscheid aufschiebe. Aber damit machen Sie das Verfahren noch länger, und es wird noch weniger Klarheit geschaffen.

Die PUK kann in einem Verfahren alle Fragen miteinander rasch und gründlich aufarbeiten. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die PUK kein Strafverfahren ist, sondern ein Verfahren für besondere Fälle, und meines Erachtens liegt hier ein besonderer Fall vor.

Für den neuen Departementschef kann es nur nützlich sein, wenn er aufgrund der Fakten, wie sie heute bestehen, eine klare Ausgangslage erhält; dann sind auch die Verantwortlichkeiten bezüglich seines Mandates klar.

Ich möchte Sie unter diesen Umständen bitten, den Antrag Cottier zu unterstützen.

Cavadini Jean (L, NE): Je vous demande à mon tour de soutenir la proposition Cottier. MM. Zimmerli, Delalay et d'autres ont bien dit quelle était la difficulté dans laquelle nous nous trouvons, puisqu'il s'agit d'abord d'évaluer le rôle du Parlement, et je crois que, dans le cas particulier, notre crédibilité est en jeu. La capacité des organes dont nous nous sommes dotés a montré ici ses limites, et elle est épuisée. On ne peut pas demander à celles et à ceux qui depuis des années exigent que la lumière soit faite dans ce dossier, que ces mêmes organes, reprenant les mêmes questions, trouvent d'autres réponses que celles qui leur ont été données.

L'objet n'est pas mineur. Le désordre de la Caisse fédérale de pensions est permanent. Les réponses que nous avons obtenues, désinvoltes voire méprisantes, aux questions légitimes que nous avons posées, tous les motifs sont réunis pour qu'une procédure exceptionnelle puisse être définie. Bien sûr, le département change de main, c'est heureux. La commission d'enquête parlementaire permet un assainissement. Nous imaginons mal le nouveau titulaire du Département fédéral des finances consacrer le tiers de son temps à tenter de voir clair dans un objet qui nous a dépassés, il faut en convenir, en plusieurs circonstances.

Il s'agit maintenant d'établir les responsabilités. On ne peut accepter ce qui c'est passé. Les velléités de réformes, les nominations de complaisance, les délais demandés et jamais respectés, les silences opposés aux demandes les plus légitimes justifient la démarche qui nous est proposée. Il ne s'agit pas non plus seulement de la responsabilité du Parlement; il s'agit aussi de la sécurité des administrés et des assujettis, et de la crédibilité d'un service de l'administration.

Il s'agit enfin de savoir comment nous, nous pouvons remplir un mandat que nous n'avons jamais pu respecter entièrement. Il n'y a pas de méfiance à l'égard des Commissions de gestion, de la Délégation des finances ou de la Commission des finances. On a simplement dû se résoudre à reconnaître que les différents organes ne pouvaient pas être à même d'apporter les réponses souhaitées. Une commission unique, revêtue de pouvoirs réels, est à même d'apporter la clarté indispensable dans un dossier qui pourrait depuis des années.

C'est la raison pour laquelle je vous demande d'appuyer la proposition Cottier.

Schiesser Fritz (R, GL): Als Präsident der Horizontalen Sektion 2 der GPK, die sich seit Jahren mit der Situation in der Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK) befasst, gestatte ich mir einige Ausführungen zum heutigen Thema. Ich möchte dabei vorausschicken, dass ich diese Sektion seit viereinhalb Jahren präsidiere. Wenn ich auf diese Zeitspanne zurückblicke, muss ich sagen, dass bei der EVK eine Wellenbewegung stattgefunden hat.

Am Anfang mussten wir von der Sektion 2 darum kämpfen, dass wir überhaupt genügend Informationen bekamen. Mit der Zeit flossen dann diese Informationen reichlicher. In dieser Hinsicht ist eine Besserung zu verzeichnen.

Was den Zustand der EVK betrifft, so zeichnete sich nach anfänglich grossen Schwierigkeiten eine gewisse Besserung der Lage ab. Man führte eine Neuorganisation ein und erhöhte den Personalbestand, wie das in der Berichterstattung der GPK im Sommer 1993 hier in diesem Rat verlangt worden war. In dieser Beziehung ist die Lage heute um einiges besser als früher.

Anfang dieses Jahres hofften wir, bei den anderen Problemen, insbesondere im Bereich der EDV, auf einem ansteigenden Weg zu sein. Doch dann ereignete sich plötzlich bei der EDV-Firma ein Zwischenfall, und dieser Zwischenfall führte dazu, dass sich die Situation seit März 1995 Monat für Monat verschlechterte. Ich muss Ihnen ganz offen sagen: Die Situation ist in dieser Beziehung heute wesentlich schlechter als noch im Februar. Daran kann die GPK nichts ändern, daran kann die Finanzdelegation nichts ändern, daran kann der Gesamtbundesrat nichts ändern, denn die Fehlentscheidungen wurden zu einem früheren Zeitpunkt getroffen.

Wir haben bereits im Sommer 1993 darauf hingewiesen, dass man die grossen Probleme stark unterschätze und dass entsprechende Massnahmen getroffen werden müssten, nicht nur im organisatorischen und personellen Bereich. Weder das Departement noch der Gesamtbundesrat, noch irgend jemand anderes hat reagiert. Die entscheidenden Fehler sind im Bereich der EDV gemacht worden, indem man Aufträge an Firmen erteilte, die offensichtlich nicht in der Lage waren, die komplexe Problematik zu erfassen und zu lösen. Das ist der Grund für die Situation, in der wir uns heute befinden, eine Situation – ich sage das ganz offen –, die äusserst schwierig und prekär ist. Über die Verantwortlichkeiten will ich hier nichts sagen. Ich habe zu den Verantwortlichkeiten bereits im Bericht der GPK von 1993 Stellung genommen. In jedem Unternehmen liegt die Verantwortlichkeit dort, wo die Entscheide über den Einsatz der Mittel und die Vergabe von Aufträgen gefällt werden. Diese Aufträge sind, wenn man das rückblickend beurteilt, an die falschen Stellen vergeben worden.

Gestatten Sie mir eine zweite Bemerkung. Wir haben in den letzten viereinhalb Jahren von seiten der Horizontalen Sektion 2 der GPK und von seiten der GPK mit den politisch Verantwortlichen zahlreiche Gespräche geführt. Gegen Ende dieser Periode haben wir uns sogar an den Gesamtbundesrat gewandt, weil die Aufsicht beim Gesamtbundesrat liegt und das Parlament lediglich die Oberaufsicht ausübt. Wir sind dort aber auch nicht auf ein viel grösseres Echo gestossen; ja, nach gewissen Entscheiden des Gesamtbundesrates, namentlich in personeller Hinsicht, mussten wir eigentlich davon ausgehen, dass der Gesamtbundesrat die heutige Situation bei der EVK sogar noch als akzeptabel betrachtet und die Einwendungen der GPK für nicht stichhaltig hält.

In den viereinhalb Jahren haben wir verschiedentlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Interventionen der parlamentarischen Aufsichtsorgane nicht sehr ernst genommen werden. Hier muss ich Kollege Gemperli zustimmen. Auch wir müssen über die Bücher gehen. Auch wir müssen uns fragen: Reichen die normalen Mittel der parlamentarischen Aufsicht aus? Wenn beim Departementsvorsteher, bei den Führungsorganen der Kasse und – ich möchte das betonen – beim Gesamtbundesrat der Wille nicht vorhanden ist, Remedur zu schaffen, hätte die GPK in dieser Situation weder mit

Motionen noch mit Postulaten, noch mit anderweitigen Interventionen irgend etwas verändern können. In dieser Situation können wir immer nur die Finger auf die wunden Stellen legen. Wir können warnen, wir können kritisieren. Wir können die Rechnung nicht genehmigen, und damit hat es sich. Andere Mittel haben wir praktisch keine, vor allem dann nicht, wenn kein öffentlicher Druck entsteht, und dieser öffentliche Druck entstand bei der Berichterstattung im Sommer 1993 überhaupt nicht, weder hier im Parlament noch irgendwo anders, auch nicht vonseiten der Medien.

Ein weiterer Punkt: Wir haben es im vorliegenden Fall auch mit einer Geringschätzung – ich sage das ganz deutlich – der parlamentarischen Aufsicht zu tun. Ich muss Ihnen die Beispiele nicht aufzählen, in denen diese Geringschätzung der parlamentarischen Aufsicht zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben in diesen viereinhalb Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Tätigkeit der Horizontalen Sektion 2, aber auch der GPK bei der Beaufsichtigung der EVK eigentlich eher als lästig betrachtet wurde. Auch die Berichterstattung an uns wurde eher als lästig betrachtet. Die Diskussionen hier im Rat waren völlig fruchtlos. Man hat uns immer wieder Versprechungen gemacht. Diese Versprechungen sind – wir wissen das – nie eingehalten worden. Wir haben mit dem Gesamtbundesrat Kontakt aufgenommen und sind dort bei einer einzigen Person auf Verständnis gestossen, beim Bundespräsidenten. Nachher ist die Sache wieder im Sand verlaufen. Auch diese Situation müssen wir irgendwann einmal zur Sprache bringen. Es geht nicht an, dass die Beaufsichtigten den Organen der Oberaufsicht mit einer derartigen Geringschätzung gegenüber treten. Wenn das weiterhin der Fall ist, können wir unsere Tätigkeit der Oberaufsicht einstellen.

Ein letztes Beispiel, das ich heute morgen erfahren habe: Als Präsident der Horizontalen Sektion 2 habe ich vom Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes verlangt, dass die Verträge mit den entsprechenden EDV-Firmen – dort liegen die grossen Probleme – der GPK ausgehändigt werden. Gleichzeitig hat die Finanzdelegation dasselbe verlangt. Was ist geschehen? Der Vorsteher des Finanzdepartementes hat diese Verträge der Finanzdelegation zur Verfügung gestellt. Gegenüber der GPK hat er sich in Schweigen gehüllt, und auf Umwegen musste ich erfahren, dass man nicht gewillt sei, diese Verträge herauszugeben. Man gab uns aber nie die Antwort, dass man uns diese Verträge nicht herausgeben wolle, obwohl man versprochen hatte, den parlamentarischen Aufsichtskommissionen diese Verträge auszuhändigen. Das ist keine Umgangsform mit der parlamentarischen Oberaufsicht.

Ich denke nicht, dass eine PUK uns bei der EVK sehr viel weiterhilft, das sage ich Ihnen als Präsident der Horizontalen Sektion 2 der GPK ganz offen. Die PUK wird nicht viel mehr an den Tag fördern als das, was Finanzdelegation und GPK bereits offengelegt oder an den Tag gefördert haben. Nach der Feststellung dieser Geringschätzung der parlamentarischen Aufsicht sage ich Ihnen aber auch: Ich habe heute morgen Mühe, gegen die Einsetzung einer PUK zu stimmen, auch wenn ich rational davon ausgehen muss, dass die PUK uns nicht weiterhelfen wird. Wenn ich ganz nüchtern bleibe, halte ich als Sektionspräsident den Weg, den das Büro vorschlägt, für besser. Ich muss Ihnen aber offen gestehen, dass es mich nicht überraschen würde, wenn Sie sich sagten: Wir haben nun genug, jetzt muss jemand anders diese Problematik bearbeiten.

Ich werde mich nicht für die PUK einsetzen, sondern für den Antrag des Büros stimmen. Über die Probleme der parlamentarischen Oberaufsicht müssen wir in diesem Haus aber einmal reden, denn das, was hier mit Versprechungen und Mithaltungen geschehen ist, darf in einem neuen Fall nicht mehr vorkommen. Ebenso müssen die Vorfälle bei der EVK Anlass dazu geben, im Parlament die Berichterstattungen der Kontrollkommissionen, namentlich auch der GPK, ernster zu nehmen.

Schmid Carlo (C, AI): Nach diesem dramatischen Votum von Herrn Schiesser habe ich mir überlegt, ob ich überhaupt noch etwas sagen solle. Die Konsequenz aus diesem Votum kann

nur eine sein: Wir brauchen eine PUK. Ich bin übrigens der Auffassung, dass heute morgen, bei dieser Wende der Debatte, Herr Stich in den Saal gehört hätte. Er ist hier in zentraler Art und Weise angegangen worden, und er sollte die Möglichkeit haben, auch in dieser Debatte dazu Stellung zu nehmen. Aber sei es, wie es im Moment sei.

Was Herr Schiesser uns dargelegt hat, ist niederschmetternd, und die Weigerung eines Departementschefs in einer äusserst sensiblen Situation, der Geschäftsprüfungskommission Akten herauszugeben, ist eine Missachtung des Parlaments, der wir mit den ordentlichen parlamentarischen Instrumenten schutzlos ausgeliefert sind. Es gibt ein Instrument, mit dem das Parlament seine Aufsichtsfunktion wahrnehmen kann. Das ist die PUK, die, gestützt auf das Geschäftsverkehrsgesetz, das Recht auf volle Akteneinsicht und Edition – unter Durchbrechung aller Geheimhaltungsvorschriften – geltend machen kann. Ich bin der Auffassung, dass wir eine PUK einsetzen müssen.

Dagegen spricht allerdings die Argumentation des Büros in zeitlicher Hinsicht. Ich meine, diese Frage der Zeit können wir durchaus zufriedenstellend lösen. Es geht nicht darum, Herr Bühler Robert, Wahlkampf zu machen. Nach diesem Votum von Herrn Schiesser ist die Berechtigung des Antrages Cottier offenkundig. Es geht auch nicht darum, irgend jemandem eine Arbeit zu entreissen, eine Aufgabe wegzunehmen – sei es der Finanzkommission oder der GPK.

Ich höre vom Büro, dass eine Koordinationskommission eingesetzt worden ist. Das soll uns nicht daran hindern, genau diese Mitglieder der Koordinationskommission in diese parlamentarische Untersuchungskommission hineinzuwählen. Damit kann die Frage der zeitlichen Abfolge und auch die Frage des angesammelten Wissensstandes grundsätzlich positiv beantwortet werden.

Es gibt ein zusätzliches Problem, welches Kollege Gemperli angeschnitten hat, nämlich die allgemeinen Überlegungen zur Aufsichtsfunktion des Parlaments. Aber ich glaube, das kann einmal «à part» studiert werden. Es geht ja nicht darum, dass man diese Fragen jetzt wieder grundsätzlich im Rahmen der PUK aufwerfen muss. Das Parlament sollte hier auch nicht falsche Hemmungen haben und jene Leute, die jetzt viereinhalb Jahre an der Arbeit waren und vor diesem Desaster stehen, aus der PUK-Arbeit ausschliessen. Denn dieses Desaster ist nicht ihnen anzulasten, sondern es ist systemimmanent, weil die Geschäftsprüfungskommissionen die notwendigen Machtmittel nicht haben, um eingreifen zu können. Daher sollten die Mitglieder der Koordinationskommission in die PUK gewählt werden.

Ein weiteres Argument, das gegen die PUK angeführt wurde, ist der Wechsel des Departementschefs. Eine PUK ist nicht ein Verfolgungsorgan. Der Verzicht auf die PUK als Schutz für den neuen Departementschef «vor Verfolgung» ist daher unsinnig. Bei den beiden ersten PUK haben wir vermutlich den «Verfolgungscharakter» doch überzogen. Da war der dramatische Effekt etwas grösser, vielleicht sogar etwas zu gross. Es geht darum, ein Instrument anzuwenden, das bestimmte Machtmittel hat, welche den ordentlichen, üblichen Aufsichtsorganen fehlen. Selbst wenn man Verantwortlichkeiten bezeichnet, geht es nicht darum, einem neuen Departementschef in den Arm zu fallen, und auch nicht darum, einen abtretenden Departementschef an den Pranger zu stellen. Wenn solche Vorstellungen mit einer PUK verbunden sind, so sind sie grundsätzlich falsch. Eine PUK ist keine Strafe, sondern ein Instrument der Wahrheitsfindung und des «Aufgleisens» eines Problems auf die richtigen Gleise.

Es spricht heute morgen nichts mehr dagegen, in diesem Sinne eine PUK einzusetzen, und ich bitte Sie, dem Antrag Cottier zuzustimmen.

Rüesch Ernst (R, SG): Letzten Endes kann man dieses Problem heute auf die alte napoleonische Frage reduzieren: «De quoi s'agit-il?» Worum geht es eigentlich? Es geht darum, einen politischen Willensakt zu äussern. Dieser politische Willensakt besteht darin, in bezug auf einen Missstand Aufklärung zu erreichen, alles transparent zu machen und dadurch die parlamentarische Verantwortung der Kontrolle wahrzu-

nehmen. Herr Schiesser hat vollkommen recht: Eine PUK findet nicht viel mehr heraus als die Finanzdelegation, die Finanzkommission und die GPK. Aber was sie nachher darlegt, hat einen anderen politischen Stellenwert; darum geht es heute.

Herr Bühler Robert hat zu Recht beklagt, dass man die Berichte unserer Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission usw. nicht zur Kenntnis genommen hat. Sechs Jahre lang habe ich in diesem Saale als Sprecher der Finanzkommission die Missstände bei der EVK gerügt und sechs Jahre lang hat der Finanzminister alles verniedlicht und gesagt: «In drei Monaten ist alles in Ordnung; bis Ende Jahr ist alles in Ordnung!» Das war aber nie der Fall. Der Rat hat den Zustand nicht zur Kenntnis genommen, denn meistens war die Besetzung im Saal sehr schlecht, wenn man diese Probleme der Staatsrechnung behandelt hat, unter dem Titel: «Déjà vu – da kann man nichts mehr ändern.» Die Medien haben auch nichts gebracht; sie haben diese Berichte der Finanzdelegation, für die ich auch mitverantwortlich war, nicht zur Kenntnis genommen oder entsprechend kommentiert.

Offensichtlich ist ein stärkeres Mittel notwendig, damit unser Volk davon einmal Kenntnis nimmt. Wenn wir heute dem Antrag des Büros folgen, wird es nach aussen heissen, der Ständerat wolle keine PUK, den Verschiebungsantrag nähme man nicht ernst; damit würde das Problem von unserem Rat verniedlicht. Offenbar sei die Geschichte doch nicht so schlimm, wenn der Ständerat in seiner Weisheit meine, es brauche keine PUK. Damit würde nach aussen ein vollständig falsches Signal gesetzt.

Es ist darum ein politischer Willensakt, heute eine PUK zu beschliessen und dem Antrag Cottier zu folgen.

Meier Josi (C, LU): Die Lage ist schwierig, und die Beurteilung des Antrages ist auch nicht leicht. Ich habe besonders ein Problem, und die entsprechende Frage möchte ich doch stellen, bevor ich mich entscheide.

Wer wacht über die Wächter? Es wurde gesagt, dass auch die Arbeit der Kommissionen, die bisher die Sache untersuchten, beurteilt werden sollte. Das hat für mich zur Folge, dass niemand von den bisherigen Kommissionen in eine solche Untersuchungskommission gehören würde. 13 Mitglieder der einen und 13 Mitglieder der anderen Kommission fallen weg. Von den übrigen scheiden noch viele aus dem Parlament aus, und einige sind wahrscheinlich auch nicht besonders willig und darauf eingestellt, in eine solche Untersuchungskommission zu gehen.

Andererseits wurde mit einiger Klarheit dargetan, dass es nötig ist, hier politische Gewichte zu setzen. Wenn die Möglichkeit, Leute in die PUK zu schicken, schon so beschränkt ist, so frage ich mich, ob man nicht allenfalls zwar eine solche Untersuchungskommission beschliessen könnte, sie aber aussetzen würde, bis die Berichte der beiden Kommissionen, die bisher in dieser Sache arbeiteten, vorliegen, damit auch diese Arbeiten in der PUK beurteilt werden könnten.

Onken Thomas (S, TG): Ich denke, dass Sie mich gut genug kennen, um mir zu attestieren, dass ich, wenn ich hier etwas sage, sicher ohne parteipolitische Rücksicht argumentiere und mich auch nicht leichthin vor Personen stellen möchte. Ich bin zu sehr unabhängiger Parlamentarier, um dies zu tun. Das Votum von Herrn Schiesser war sehr sachlich, sehr deziert, sehr scharf, und es entspringt grosser Sachkenntnis und Kompetenz. Daran ist nicht zu zweifeln. Aber dieses Votum war nicht dramatisch, und ich finde, man sollte es auch nicht dramatisieren.

Herr Schmid Carlo hat insbesondere darauf hingewiesen, dass die Geschäftsprüfungskommission offenbar weiterhin geringschätzig behandelt wird, dass man ihr Akten nicht herausgeben will – Akten, die man ihr zugesichert hat und die ihr auch zustehen. Immerhin muss man sagen: Die Finanzdelegation hat diese Akten offenbar bereits bekommen.

Wir als Geschäftsprüfungskommission – ich gehöre ihr an – bekommen diese Akten auch! Wir haben nach der damaligen PUK-Affäre überdies eine Geschäftsprüfungsdelegation geschaffen, die auch noch zusätzliche Rechte geltend machen

kann. Wir haben im Rahmen der Geschäftsprüfungskommission und erst recht im Rahmen der Geschäftsprüfungsdelegation durchaus die Instrumente, die wir brauchen, um Einblick zu gewinnen und Verantwortlichkeiten abzuklären. Daran ist meines Erachtens nicht zu zweifeln.

Die Einsetzung einer PUK bei dieser Sachlage, hier und jetzt, scheint mir deshalb eine Abwertung der Geschäftsprüfungskommission zu sein. Eine PUK braucht es wirklich nur dann, wenn die Geschäftsprüfungskommission nicht mehr zum Ziel gelangen kann, oder wenn sie sich – personell beispielsweise – ausserstande sieht, eine sie überfordernde Aufgabe im Milizsystem anzugehen und einer Lösung zuzuführen.

Aber gerade das ist hier nicht der Fall. Wir müssen nicht in Geheimbereiche hineinleuchten und brauchen deshalb das viel weiter gehende Instrumentarium einer PUK nicht. Wir stehen nicht vor einer Geschäftsprüfungskommission, welche die Sachlage nicht im Griff hat und nicht in der Lage wäre, sich vollends Klarheit zu verschaffen, wo dies allenfalls noch nicht getan ist. Die Ermittlung der Sachverhalte ist erfolgt, und die Beschaffung weiterer Beurteilungsgrundlagen kann, soweit überhaupt erforderlich, ebenfalls durch die Geschäftsprüfungskommission geschehen.

Ich sehe von der Sachlage her die Notwendigkeit der Einsetzung einer PUK nicht. Es gilt hier nicht mehr, Unbekanntes aufzudecken und Geheimbereiche zu durchleuchten, die uns sonst nicht offenstehen würden. Auch eine PUK, Herr Cottier, produziert zunächst nichts anderes als einen Bericht, wie er uns jetzt auch von der Arbeitsgruppe der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission in Aussicht gestellt wird, wo der Sachverstand beider Kommissionen zudem noch «gepoolt» worden ist.

Wenn der Ständerat heute nicht auf dieses Ansinnen des Nationalrates eintritt, dann wird man nicht sagen, er wolle keine PUK, sondern man wird sagen, er wolle diese Sache jetzt vorantreiben und zu Ende führen. Wir brauchen jetzt Taten. Es muss Remedur geschafft werden, wo es noch nicht der Fall ist – und es ist bedauerlicherweise noch nicht überall der Fall. Aber das wird getan werden.

Von der Sache her bedarf es einer PUK also nicht, und ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Büros zu folgen. Dieser Antrag ist ja kein kategorisches Nein zu einer PUK. Sie bleibt als eine Möglichkeit in unserer Hinterhand. Aber wir wollen doch immerhin den Bericht dieser Arbeitsgruppe abwarten – einen Bericht, der übrigens auch die politische Verantwortlichkeit klar herausarbeiten wird, so wie wir das auch in anderen Situationen getan haben, beispielsweise bei den Umständen, die zu den Kostenüberschreitungen bei «Bahn 2000» geführt haben. Dort wird die Geschäftsprüfungskommission nächstens ebenfalls einen Bericht vorlegen, der die politischen Verantwortlichkeiten klarstellt – einen Bericht, den sie aus eigener Kraft erarbeitet hat, ohne dass dafür eine PUK eingesetzt werden musste. Auf diese Weise kann auch im Falle der EVK mit den gegebenen Mitteln Klarheit und Remedur geschafft werden. Eine PUK jedoch braucht es in der gegebenen Situation nicht.

Meier Josi (C, LU): Ich habe vorher eine doppelte Frage gestellt und beim Nachlesen des Geschäftsverkehrsgesetzes festgestellt, dass ein Teil der Frage überflüssig ist. Es ist nach einer Ernennung der PUK nicht möglich, diese Berichte, von denen ich gesprochen habe, noch einzuholen – also eine allfällige Sistierung –, weil alle bisherigen Arbeiten schon mit unserem Entscheid voll dahinfallen.

Es bleibt nur noch die andere Frage. Wenn schon die Arbeiten dieser Kommissionen überprüft werden sollen: ist es denn nicht so, dass niemand von dieser Kommission in die PUK gewählt werden kann? Das ist für mich eine wichtige Entscheidgrundlage.

Iten Andreas (R, ZG): Ich möchte mich für den Antrag des Büros einsetzen. Ich meine, dass der Antrag des Büros ein kluger und besonnener Antrag ist. Wir sind in einer Situation, in der eine gewisse Gruppendynamik entsteht, eine Gruppendynamik für eine PUK, obwohl die Ratio, die vernünftigen Überlegungen eigentlich sagen, dass diese PUK nicht nötig

wäre. Das Signal an die Öffentlichkeit heisst sicher nicht: Wir wollen vom Büro aus keine PUK. Das Signal heisst vielmehr: Wir wollen die Berichte, die in Aussicht stehen, in diesem Rat diskutieren können, alles ausleuchten, was vorgetragen wird, um dann die politische Wertung vorzunehmen, ob wir diese PUK nun effektiv einsetzen sollen oder nicht.

Dieser Bericht kann im Frühling diskutiert werden. Die Medien sind heute einige Male angesprochen worden. Ich bin überzeugt, dass auch für die Arbeit der Geschäftsprüfungs-kommission und der Finanzdelegation die Sensibilität entstanden ist. Sie werden uns in unserer Argumentation unterstützen, die dann zumal vorgetragen wird.

Die Fakten, das wurde deutlich gesagt, liegen auf dem Tisch. Herr Schiesser hat ein hervorragendes Plädoyer gehalten; er hat uns dargestellt, wie weit die Arbeit der GPK gediehen ist. Ich war vor acht Jahren Sektionspräsident und habe mich auch schon mit Fragen der EVK beschäftigt. Wir haben tatsächlich Mühe gehabt, mit Herrn Stich in ein vernünftiges Gespräch zu kommen. Das wissen wir aber alle.

Wir wissen auch heute schon, dass die politische Führung in dieser Frage versagt hat. Das brauchen wir nicht noch dutzendfach zu bestätigen; das wissen wir, und das wird der Bericht, den die beiden Kommissionen uns als gemeinsamen Bericht auf den Tisch legen, auch bestätigen. Die Führung des Finanzministers war schlecht; das stellen wir fest, das wurde x-mal gesagt, und ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Aber durch die beiden Berichterstattungen von Herrn Zimmerli und von Herrn Schiesser wurden heute so viele interessante Fakten auf den Tisch gelegt, dass man sich anhand dieser Fakten heute schon ein ziemlich gutes Urteil bilden kann.

Ich stelle die Frage an Herrn Cottier: Werden dann in einer PUK die Dossiers schneller bearbeitet, kommen wir in der Sache schneller voran? Ich sehe das nicht so; ich sehe, dass das Gegenteil eintreten wird. Es wird eine gewaltige Belastung der Verantwortlichen der EVK geben. Es wird eine Belastung geben, die die Leute auch an der Arbeit hindert. Es wird eher eine Verschleppung der Arbeit geben.

Angesichts der Tatsache, dass die politischen Wertungen bereits gemacht sind, sollten wir in der Sache anders vorgehen. Ich finde den Antrag des Büros besonnen, klug und weise. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Cottier Anton (C, FR): Je réponds à la question soulevée par M^{me} Meier Josi de savoir si les membres des commissions parlementaires qui se sont occupées jusqu'à présent de la gestion de la Caisse fédérale de pensions peuvent devenir membres de la commission d'enquête parlementaire. Oui, bien sûr. En effet, ces membres ont agi comme surveillants, comme organe de contrôle. Or, la commission d'enquête parlementaire devra s'occuper de la gestion et enquêter sur celle-ci. Ces parlementaires ne sont pas des gestionnaires. Ils n'ont pas participé à la gestion, mais simplement à la surveillance, au contrôle. Dès lors, ils peuvent, cela va de soi, devenir membres de la commission d'enquête parlementaire. A M. Iten Andreas, je réponds que cette commission d'enquête parlementaire pourra agir beaucoup plus rapidement, parce qu'elle a des compétences plus étendues, plus rigoureuses, plus contraignantes surtout que les autres commissions parlementaires ordinaires.

Schoch Otto (R, AR), Berichterstatte: Darf ich eine kurze Bemerkung zur Frage von Frau Meier Josi machen? Wie Frau Meier festgestellt hat, und wie ich es in meinem eintretenden Votum auch bereits gesagt habe, ist es richtig, dass gemäss Artikel 65 des Geschäftsverkehrsgesetzes alle bisher erarbeiteten Untersuchungsergebnisse mit der Einsetzung einer PUK dahinfallen. Sie sind faktisch und rechtlich nicht mehr existent.

Bei dieser Sachlage kann und muss man sich die Frage stellen, die Frau Meier aufgeworfen hat: Wäre es nicht möglich, das vorhandene Wissen auf die Art und Weise in eine PUK hinüberzuretten, dass man Leute in die PUK wählt, die bereits mit der Problematik beschäftigt waren? Das ist insofern technisch und rechtlich ohne weiteres möglich, als die Mit-

glieder nicht ausscheiden. Herr Bühler Robert wäre nicht mehr in eine PUK wählbar, weil er per Ende November aus dem Rat ausscheiden wird. Die andern Mitglieder der Koordinationskommission – das sind aus dem Nationalrat die Herren Aregger und Leuenberger Ernst und aus unserem Rat die Herren Zimmerli, Schiesser und Gemperli – wären wählbar, und ich möchte die Herren Zimmerli, Schiesser und Gemperli einstweilen darauf aufmerksam machen, dass sie für den Fall, dass der Rat dem Antrag des Büros nicht folgen sollte, ihre Agenden einigermaßen freihalten sollten, damit sie dann die notwendige Zeit für die Mitarbeit in der PUK einsetzen könnten.

Doch auch wenn die Herren technisch und rechtlich wählbar sind, stellt sich in diesem Zusammenhang die politische Frage: Ist es politisch richtig, wenn wir Leute in die PUK wählen, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der GPK oder der Finanzkommission und der Finanzdelegation nicht in der Lage waren, sich durchzusetzen? Wir brauchen doch Leute, die sich durchsetzen können. Da stellt sich die Frage – ich stelle die Frage, den Entscheid müssen Sie treffen –, ob es politisch klug ist, wenn wir Leute in die PUK wählen, die bereits seit Jahren mit der Problematik beschäftigt waren. Dazu möchte ich ein Fragezeichen setzen, aber die Frage von Frau Meier war jedenfalls berechtigt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Büros	19 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

Präsident: Es liegt ein Antrag auf Eintreten von Herrn Cottier vor.

Onken Thomas (S, TG): Ich stelle den Antrag auf Nichteintreten auf den Bundesbeschluss.

Bühler Robert (R, LU): Ich mache Ihnen beliebt, jetzt einzutreten. Der Antrag des Büros hat nie darin bestanden, die PUK zu verhindern, sondern es ging darum, zuerst Bericht zu erstatten. Das wäre vernünftig und die bessere Lösung gewesen. Aber jetzt wollen wir die Sache zu Ende führen und die PUK einsetzen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Cottier (Eintreten)	26 Stimmen
Für den Antrag Onken (Nichteintreten)	8 Stimmen

Bundesbeschluss über die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der Pensionskasse des Bundes (PKB)

Arrêté fédéral concernant l'institution de commissions d'enquête parlementaires chargées d'examiner les problèmes relatifs à l'organisation et à la conduite de la Caisse fédérale de pensions (CFP)

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1–5 Titre et préambule, art. 1–5

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	25 Stimmen
Dagegen	7 Stimmen

Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der PKB

Institution d'une commission d'enquête parlementaire chargée d'examiner les problèmes relatifs à l'organisation et à la conduite de la CFP

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.067
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1995 - 08:30
Date	
Data	
Seite	1004-1011
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 383

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.